

# Stellungnahme zum Neutralitätsgesetz

Landesvorstand der Partei der Humanisten Berlin  
21. 02. 2018

## Hintergrund

Das Berliner Neutralitätsgesetz wurde 2005 vom Berliner Abgeordnetenhaus angenommen. Es untersagt das sichtbare Tragen demonstrativer religiös-weltanschaulicher Kleidung und Symbole während der Ausübung einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

## Position

Die Partei der Humanisten strebt einen säkularen Staat an. Dazu gehört für uns grundsätzlich die religiöse und weltanschauliche Neutralität in öffentlichen Ämtern. Das Berliner Neutralitätsgesetz ist in dieser Hinsicht richtungsweisend für ganz Deutschland. Deshalb unterstützt der Landesvorstand der Partei der Humanisten Berlin eine Weiterführung des Neutralitätsgesetzes in seiner jetzigen Form.

Eine Diskriminierung sehen wir in dieser Regelung nicht, da zum einen die Religionszugehörigkeit für die Bewerbung auf eine Stelle keine Rolle spielt und zum anderen das Tragen besagter Symbole und sonstige Glaubens- oder weltanschauliche Bekenntnisse außerhalb der Tätigkeit weiterhin erlaubt sind.

Alle Religionen und Weltanschauungen fallen gleichermaßen unter dieses Gesetz – resultierende Restriktionen und Diskriminierungen haben ihren Ursprung somit nicht in der Gesetzgebung, sondern in den jeweiligen Wertesystemen. Erst das Neutralitätsgesetz garantiert ein unabhängiges Auftreten gegenüber allen Menschen.

## Gesetzestext

[http://gesetze.berlin.de/jportal/portal/t/iaf/page/bsbeprod.psm1?pid=Dokumentanzeige&showdocase=1&js\\_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-VerfArt29GBE2005pP2&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0](http://gesetze.berlin.de/jportal/portal/t/iaf/page/bsbeprod.psm1?pid=Dokumentanzeige&showdocase=1&js_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-VerfArt29GBE2005pP2&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0)

---